

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14674  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einschluss der Anfertigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufskarte von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. S. Dr. Fritz Klauer in Dresden.

Nr. 301

Dresden, Freitag, 28. Dezember

1928

## Vollentscheid über Mietsregelung in Österreich.

Wien, 28. Dezember.  
Nach dem „Neuen Wiener Journal“ hat die österreichische Regierung die Absicht, die Mietsgesetze auszuheben und die Mietsfrage durch einen Volksentscheid lösen zu lassen. Das wäre der erste Volksentscheid, der in Österreich stattfindet. Die Schwierigkeit liegt aber darin, daß es zu dem Artikel der Verfassung, der den Volksentscheid als Willensäußerung des Volkes vorzieht, noch kein Ausführungsgebot gibt. Zunächst müssen also erst die Ausführungsbestimmungen geschaffen werden, was angeblich bereits unmittelbar nach Neujahr geschehen soll.

## Neue Verschärfung in dem Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay.

Washington, 28. Dezember.  
Nachdem die Vermittlungsversuche zum Stillstand gekommen sind, da man abwartet, ob Bolivien und Paraguay den vor zwei Tagen hier ausgearbeiteten Protokollenvertrag annehmen, berichtete die „Globe“ gestern abend, die Bolivianer hätten das Fort bei Sangarraya in dem umstrittenen Gebiet wieder besetzt und ihre Truppen 12 Meilen weiter in das Innere des Gebietes vorgeschoben und dadurch wieder eine „sehr ernste Lage“ geschaffen. Die „Globe“ bemerkt, dieser Schritt sei ohne Gefahr von dem Gegenseitigen. Die Bolivianer hätten auch dem Verzicht geäußert, den die Regierung Paraguays an ihre Truppen ausgeben hätte, alle Feindseligkeiten einzustellen.

## Die französischen Handelsabkommen mit Österreich und der Tschechoslowakei ratifiziert.

Paris, 28. Dezember.  
Die Kammer ratifizierte gestern durch Handaufheben das am 16. Mai 1928 abgeschlossene österreichisch-französische und das am 2. Juli 1928 abgeschlossene tschechoslowakisch-französische Handelsabkommen und nahm die sich aus den Verträgen ergebenden Änderungen einiger französischer Zollsätze an.

In der Debatte über das österreichisch-französische Handelsabkommen forderte der Vorsitzende des Zollausschusses, Abgeordneter Fouquet, daß der französische Minimaltarif unbedingt als äußerste Grenze für Zollermäßigungen erachtet werden müsse. Abgeordneter Gignoux führte aus, Frankreich habe seit 1919 dreierlei Arten von Änderungen in seiner Zollgesetzgebung vorgenommen; zunächst sei es um die Preisbegünstigungsklausel zurückgekommen, dann habe es die Zollsätze konsolidiert, schließlich habe es die Gewandtheit angenommen, unter Bewilligung von Zollrüben, die niedriger sind als der Minimaltarif, zu verhandeln. Die ausländischen Fertigfabrikate könnten mit Händen wählender Leichtigkeit nach Frankreich eindringen, während die französischen Industriellen gegen sie nur anknüpfen könnten durch Verminderung ihres Gewinnes. Um eine gerechte Kontraktion wieder zu ermöglichen, dürfe Frankreich in Zukunft nicht unter den Minimaltarif heruntergehen. — Der Vorsitzende des Kammerausschusses für Handel und Industrie, Abgeordneter Darnand, kritisierte die Aufrechterhaltung von prohibitiven Einfuhrzöllen bei dem Handelsabkommen mit der Tschechoslowakei namentlich bei Weinen und Automobilen, und erklärte, auch gegenüber Österreich zeige sich die gleiche Lage. — Handelsminister Bonnevies erinnerte in seinen Ausführungen an die Rede, in der Briand auf die Bemerkungen Frankreichs beim Völkerbund zugunsten Österreichs hinwies, und erklärte, die Kammer würde durch Ratifizierung des Abkommens nicht nur die französischen Wirtschaftsinteressen wahren, sondern auch ein diplomatisches Werk und Friedenswerk vollbringen.

## Der Direktor der „Rumeur“ verhaftet.

Paris, 28. Dezember.  
Der Chef der „Gazette du Franc“ scheint immer weitere Kreise zu ziehen. Gestern wurde

## Frankreich ein unnachgiebiger Gläubiger und unentschlossener Schuldner.

Paris, 28. Dezember.  
Der halbamtliche „Excelsior“ erinnert im Zusammenhang mit der amerikanischen Weigerung, eine Verbindung der Reparations- und der Schuldenfrage zuzulassen, daran, daß Frankreich das einzige Land sei, das bisher noch nicht das Schuldenabkommen mit Amerika ratifiziert habe. Die beiden bisher geleisteten Zahlungen stellen nur einfache Abschlagszahlungen dar. Man habe daher Grund zu der Frage, ob die französischen Sachverständigen in dem Reparationsausgleich sich nicht in einer schwierigen Lage befinden würden, da in dem Ausschuss auch Amerikaner sitzen würden. Diese hätten dann, mit Ausnahme der Franzosen, nur Vertreter derjenigen Länder vor sich, die ihre Schulden mit Amerika geteilt hätten. Wie könne die französische Regierung ihre Rolle als unnachgiebiger Gläubiger gegenüber Deutschland und als unentschlossener Schuldner gegenüber Amerika aufrechterhalten? Die französisch-amerikanische Zusammenarbeit sei für das Gelingen eines eben Kommerzialisierungsplanes der deutschen Schuld unerlässlich. Die Unterbringung der deutschen Eisenbahn- und Zinkobligationen sei nicht möglich, wenn nicht die großen amerikanischen Finanzmächte verhandelt.

## Seydoux stellt Deutschlands „Wohlfahrt“ fest.

Paris, 28. Dezember.  
In einem Artikel „Die Legende von der deutschen Krut“ im „Petit Parisien“ kommt der bekannte französische Wirtschaftspolitiker Seydoux zu folgendem Schluss: Die Einnahmen der französischen Eisenbahngesellschaften werden für 1928 in tausend Franken etwa 15 Milliarden Franken ausmachen. In Deutschland werden sie 5,15 Milliarden Goldmark, das heißt 31 Milliarden Franken betragen, also das Doppelte der französischen Einnahmen. Gleichzeitig beträgt der französische Staatshaushalt 45 Milliarden Franken, der deutsche 10 Milliarden Goldmark, d. h. ungefähr 60 Milliarden Franken. Das Verhältnis der deutschen Eisenbahneinnahmen zum deutschen Staatshaushalt ist also 1:2, während das Verhältnis in Frankreich sich auf 1:3 beläuft. Es gebe kein besseres Anzeichen für den Wohlstand eines Landes, das ein ausgebeutetes wohlorganisiertes Eisenbahnnetz besitze, so schreibt Seydoux, als seine Eisenbahneinnahmen.

Der Direktor der Pariser Zeitung „La Rumeur“ Anquetil erneut vom Untersuchungsrichter verurteilt und darauf verhaftet. Wie verlautet, soll einer seiner Mitarbeiter von Frau Hamou zwei Scheidung über je 75 000 Franken erhalten haben. Die Quittungen hierüber wollte Frau Hamou ursprünglich nicht der Polizei ausliefern, sah sich aber, nachdem die Tatsache dem Gericht von anderer Seite zu Ohren gekommen war, zur Kasse gezwungen.

In den Wandelgängen der Kammer ist übrigens das Gerücht verbreitet, daß zwischen Justizminister Barthou und Poincaré wegen der „Gazette du Franc“ Meinungsverschiedenheiten bestehen sollen. Barthou will angeblich die ganze Geschichte nach und nach erforschen, während Poincaré alle in der Angelegenheit verwickelten Persönlichkeiten gerichtlich verfolgt sehen will.

## Benoit vor dem Untersuchungsrichter.

Paris, 28. Dezember.  
Der Urheber des Anschlages auf den Kolmarer Generalstaatsanwalt, der Elzéar George Benoit, wurde gestern nachmittag in einem ersten Verhör unterzogen. Der Angeklagte, der durch die Untersuchungshaft keineswegs gebückt scheint, hat seine gewohnte Ruhe beibehalten. Der Vernehmung wohnte sein Vertreter, der kommunistische Deputierte Vertson bei.

Man erkenne also, daß die Haushaltskassen, die auf der deutschen Wirtschaft ruhen, durch die Elemente des allgemeinen Wohlstandes viel mehr ausgeglichen seien als in Frankreich.

## Die Erhöhung der Abgeordnetenlöhne als Gefahr einer Kabinettskrise.

Paris, 28. Dezember.  
Völlig unerwartet hat sich die Gefahr einer neuen Kabinettskrise eingestellt. Diesmal handelt es sich um die Reingehaltsverschiedenheiten des Ministerpräsidenten mit den übrigen Ministern bezüglich der Erhöhung der Abgeordnetenlöhne, für die der Finanzminister Chéron im Senat eintrat, während Poincaré sich zwar nicht grundsätzlich dagegen äußerte, den Augenblick für die Behandlung der Frage aber nicht für geeignet hält.

Während sich der Senat gestern in öffentlicher Sitzung mit der Beratung des Finanzgesetzes befaßte, herrschte in den Wandelgängen lebhaftest Bewegung, die von Minute zu Minute wuchs, sobald man sich in die feierlichen Stunden der Ministerkabinetsitzung zuwenden konnte. Am Nachmittag waren der Ministerpräsident und die Minister Briand, Barthou und Barraud im Senat hinter verschlossenen Türen zu einer Art kleinen Kabinettsrat zusammengetreten, der außerordentlich lebhaft verlief. Nach Beendigung dieser Konferenz hielten Poincaré und Finanzminister Chéron eine private Besprechung ab, worauf Poincaré, ohne ein Wort zu sagen, den Senat verließ, während die übrigen Minister von Chéron sofort zu einer neuen vertraulichen Beratung aufgefordert wurden. Man erfährt schließlich, daß die Regierung, mit Ausnahme ihres Chefs, die schon früher getroffene Entscheidung aufrechterhielt und Chéron am heutigen Freitag das Geheiß über die Erhöhung der Abgeordnetenlöhne, so wie es nach der Abstimmung in der Kammer Chéron selbst neu gefaßt hatte, vertreten soll.

Heute vormittag sollte ein Kabinettsrat stattfinden, der sich noch einmal mit der Angelegenheit befaßen soll. Es ist möglich, daß es zu einer Lösung kommen wird. Da sich alle Mitglieder der Regierung darüber einig sind, die Abstimmung über den Haushalt bis zum 31. Dezember zu erledigen, besteht die Aussicht, daß auch die Frage der Einkommenserhöhungen ebenso wie die der Unveränderlichkeiten vom übrigen Haushaltgesetz abgetrennt werden.

## Ein russischer Dampfer in China beschlagnahmt.

Peking, 28. Dezember.  
In der chinesischen Hafenstadt Wu-Sung wurde der zwischen Wladivostok und Schanghai verkehrende Dampfer „Springhal“ wegen angeblicher Verstärkung chinesischer und russischer Kommunisten von der Hafenverwaltung beschlagnahmt. Insgesamt 50 Fahrgäste wurden verhaftet.

## Errichtung einer syrischen Monarchie?

London, 28. Dezember.  
„Daily Express“ meldet aus Paris, es verlautet, daß vorbestimmlich der Zusammensetzung der Mandatkommission der Völkerbund die syrische Verfassung vielleicht geändert und das französische Mandatgebiet Syrien in eine Monarchie umgewandelt werden würde. Die endgültige Wahl für den syrischen Thron werde wahrscheinlich auf Prinz Adil Ben Nhab fallen, dessen Kandidatur jetzt in einflussreichen Kreisen in Paris erörtert werde. Adil Ben Nhab ist ein Nachkomme der Omajyaden-Kalifen. Seine Frau ist eine Nichte des Königs Fuad von Syrien. Er selbst ist französischer Bürger, lebt in Paris und ist im Alter von 43 Jahren.

## Amerikas Mitarbeit.

Die Politik des „Als ob“ scheint uns auch in der Reparationsfrage vorwärtsbringen zu können. Die Sachverständigenkonferenz wird behandelt, als ob sie tatsächlich von den Regierungen unabhängig wäre. Natürlich wird keine Regierung Sachverständige zulassen, die ihren eigenen politischen Überzeugungen gerade entgegengelehrt orientiert wären. Natürlich wird auch das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz der nachträglichen Beeinflussung durch die Regierungen unterliegen. Trotzdem hat die Fiktion, als ob die Sachverständigen unabhängig von aller Politik die Reparationsfrage nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten erörterten, ihren praktischen Wert. Nur auf Grund dieser Fiktion ist es überhaupt den Vereinigten Staaten möglich, sich an der Konferenz zu beteiligen. Ohne Beilegung Amerikas hätte aber die ganze Konferenz keinen Zweck. Amerika will nicht in die politischen Händel Europas miteinbezogen werden. Es kann sich offiziell weder an einer Völkerbundaktion, noch an einer mit der Durchführung der Kriegspolitik beschäftigten Kommission beteiligen. Zeitliche Regierungsverträge und unüberwindliche Vorurteile der öffentlichen Meinung stehen dem im Wege. Aber eine angeblich unabhängige Konferenz, zu der Amerika nur angebliche Beobachter schickt, das bedeutet eine Form, die über alle Hindernisse hinweghilft. Man sieht, was unter Umständen auf die formale Behandlung einer politischen Aufgabe auskommen kann. Bei der ersten Reparationskonferenz war es nicht anders. Die ganz inoffizielle Beteiligung Amerikas war trotzdem kein Hindernisgrund den amerikanischen Bankier Charles Tamm zum Vorsitzenden zu machen, so daß er geradezu den ganzen Verhandlungen und ihrem Ergebnis den Stempel seines Namens und seiner Auffassungen aufdrücken konnte. Möglicherweise ist er auch jetzt wieder der amerikanische Vertreter. Neben ihm werden allerdings noch andere Namen genannt, so auch der des Reparationsagenten Parker Gilbert, doch tun hier Namen wirklich nicht viel zur Sache. Die Haltung Amerikas liegt in ihren großen Zügen fest.

Es geht auch das zur Politik des „Als ob“, wenn die amerikanische Regierung so tut, als ob sie eigentlich an den Reparationsfragen nicht so dringend beteiligt wäre und nur gewissermaßen aus Ekel dem dem atmen Europa bei der Überwindung dieser finanziellen Schwierigkeiten helfen wollte. Europa ist immer noch ein so wichtiger Kunde Amerikas, daß seine Finanzlage auch den Augen Geschäftleuten jenseits des Atlantischen Ozeans nicht gleichgültig sein kann. Dazu kommt noch das unmittelbare Interesse, daß die Vereinigten Staaten infolge des Kriegsausganges mit einem Überfluß an Kapital zu rechnen haben, der sich innerhalb ihrer Grenzen gar nicht rentabel unterbringen läßt. Dieses Kapital muß Anlagemöglichkeiten in der ganzen Welt suchen, und das Reparationsproblem ist die aussichtsreichste Geschäftsunternehmung, die es zurzeit in der ganzen Welt gibt. Auch wenn sich die Amerikaner nichts merken lassen, so ist es doch un schwer zu erraten, daß sie auf das allerintensivste an diesem Geschäft interessiert sind. So vorzüglich ihre Zusage der Beteiligung aus gehalten sein mag, so deutlich sprechen die Tatsachen. Der fünfjährige Präsident Hoover hat seinen Reiseplan geändert, um noch Anfang Januar in Washington zu sein, und der Reparationsagent Parker Gilbert ist gleichfalls dahin beordert.

Zumeist richtet sich die amerikanische Vorsticht gegen Frankreich. Man darf sagen, dies ist die erfreulichste Seite der amerikanischen Politik. Man gibt es den Franzosen sehr deutlich zu verstehen, daß amerikanische Gelder unter keinen Umständen dazu da sind, um mit ihrer Hilfe einen neuen europäischen Krieg finanziert zu lassen. Alle schönen Friedensreden der französischen Minister klingen das nächste Amerika nicht darüber hinweg, daß in Frankreich zurzeit eine Politik der gewaltigen Aufrüstung getrieben wird. Aber Kriegskredite sind ein sehr unsicheres und unrentables Geschäft. Das Bestreben der amerikanischen Geldgeber, lieber auf der soliden Basis von Friedensunternehmungen in Europa Geschäfte zu machen, bedarf sich durchaus mit dem gesamteuropäischen Interesse. Auch Frankreichs Versuch, die Reparationsfrage mit der Kriegsschuldenfrage zu verknüpfen, findet in Washington keine freundliche Aufnahme. Frankreich hat ja überhaupt die Meinung, das Reparationsproblem als den Angelpunkt



# Das französische „Flottenstatut“.

Paris, 28. Dezember.

zu benutzen, mit dessen Hilfe es seine ganze übrige Politik in Ordnung bringen möchte. Auch die Verkopplung mit der Rheinlandräumung ist eine solche Politik sachlich unbegründeter Verkopplung von innerlich nicht zusammenhängenden Problemen. Die Amerikaner, die auf reinliche Scheidung halten, wirken dadurch erzieherisch auf Frankreich, und erleichtern denjenigen europäischen Politikern ihre Aufgabe, die ihrerseits ebenfalls die Reparationsfrage ohne unnötige politische Komplikationen erledigt sehen möchten. Sie ist wirklich auch an und für sich schon schwierig genug, um sie nicht noch mit allen möglichen Nebenaufgaben zu belasten.

Deutschland gegenüber werden die Amerikaner wohl darauf dringen, daß es bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit Reparationen zahlt. Andererseits darf man erwarten, daß der Reparationsagent die deutsche Wirtschaftslage immerhin genügend studiert hat, um vor übertriebenen Ansprüchen zu warnen. Seine Kritik an der deutschen Finanzpolitik ist in Berlin nicht immer angenehm empfunden worden. Um so besser, wenn die Sachverständigenkonferenz Gelegenheit bietet, um auch die Kritik Walter Gilbert sachlich zu überprüfen. Es wird sich dann schließlich doch wohl ein gangbarer Weg finden. Übrigens wird auch die Mobilmachung der deutschen Eisenbahnobligationen nicht mit einem Schlagschlag, so daß für spätere Revisionen des Dawesplanes immer noch Raum bleibt. Sollte die Gesamtsetzung der deutschen Schuld, was nicht wahrscheinlich ist, schon jetzt erfolgen, dann dürfte von den amerikanischen Geldgebern eher als von irgendeiner anderen Instanz erwartet werden, daß sich diese Forderung im Rahmen der Möglichkeiten stelle, die auch Deutschland würde anerkennen können.

## Sensationelle Enthüllungen Litwinows.

Paris, 28. Dezember.

Der kürzlich wegen Wechselfälschens verhaftete Bruder des russischen Volkstommarschalls Litwinow hat dem in Paris erscheinenden russischen Blatt „Dernières Nouvelles“ zufolge dem Untersuchungsrichter eine Denkschrift über die Finanzierungsmethoden der Sowjetischen Auslandspropaganda übergeben. Darin behauptet Litwinow, daß die sogenannte Wechselfälscherei von den Sowjetbehörden seit Jahren zur Geldbeschaffung für die Propaganda benutzt werde. Eine Reihe französischer Handelsgesellschaften sei nur zu dem Zweck gegründet worden, Wechsel ausstellen zu können. Auch er selbst habe nur im Auftrag einer dieser Stellen gearbeitet, als er im Januar 1926 die angeblich falschen Wechsel ausstellte und nach Frankreich floh. In Frankreich sollte das Geld zur Finanzierung der Propaganda in Moskau und Kiew dienen. Auf ähnliche Art und Weise arbeiteten die Sowjetbehörden in Deutschland, England und anderen Ländern. Leiter dieser Propaganda und Urheber der eigenartigen Wechselfälschungen sei der Belar in Außenhandelskommissariat Turoff. Er, Litwinow, habe bereits einmal im Auftrag Tschischyns für 8 Mill. Franken Wechsel unterschrieben lassen und das Geld den russischen Agenten in England und Frankreich zur Verfügung gestellt. Litwinow soll in seinem Memorandum der französischen Regierung alle sowjetischen Geheimagenten in Frankreich namhaft gemacht haben. Bis zur amtlichen Veröffentlichung wird man die Wirkung des russischen Emigrantenblattes, die, wenn sie sich bewahrheitet,

Die Deputiertenkammer wird in einer ihrer nächsten Sitzungen sich mit dem Gesetzentwurf des Marineministeriums über das Flottenstatut beschäftigen, das die Kampfkraft Frankreichs zur See regelt. Der Gesetzentwurf beschränkt sich ausschließlich auf die Flottenzusammensetzung, während Rüstungsbau, Marineaufschaffung und Personalfragen dem Gegenstand besonderer Gesetze bilden. Nach diesem Gesetzentwurf legt sich die fließende französische Flotte folgendermaßen zusammen: 175 000 Tonnen Panzerkreuzer und Schlagschiffe, 300 000 Tonnen Kreuzer, Torpedobootsflottille, Torpedobootsflottille, 96 000 Tonnen Tauchboote, 60 000 Tonnen Flugzeugmuttergeschiffe. In dieser Tonnage sind nicht enthalten die Sondergeschiffe, wie Minenleger, Kohlen- und Petroleum-Tauchboote, Schulschiffe, Fischerei-Schulschiffe und Werftschiffe. Diese Flotte soll spätestens 1943 erbaut sein. Jedes Jahr wird das Finanzgesetz die Zahl und den Typ der Schiffe festlegen, zu deren Auftragsverteilung der Marineminister ermächtigt wird. Das Flottenstatut sieht vor, daß die Linienfahrer 20 Jahre, die leichten Kreuzer 17 Jahre, die Torpedobootsflottille und die Torpedobootsflottille 15 Jahre und die Tauchboote 12 Jahre, gerechnet von den ersten Verjährungsdaten an, im Dienst sein werden.

Der Berichterstatter Appell betont in seinem Bericht, man habe den Beschränkungen der Washingtoner Verträge Rechnung tragen und in den Möglichkeiten des Haushalts bleiben müssen. Die französische Flotte solle die Freiheit der Verbindungen zwischen Mutterland und Nordafrika sichern, die für die Mobilmachung zu Lande unumgänglich ist. Im Maße des Möglichen werde sie die Küste verteidigen. In Anbetracht dieser verschiedenen Aufgaben sei den leichten und schnellen Kriegsschiffen der größte Anteil im Flottenbauprogramm eingeräumt worden. Der Washingtoner Vertrag gelte Frankreich bis zu 175 000 Tonnen Panzer- und Schlagschiffe zu. Frankreich besitze augenblicklich keine Schlagschiffe, dagegen neun Panzerkreuzer von insgesamt 197 000 Tonnen. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß Panzerkreuzer heute 300 bis 500 Millionen kosten. Er erklärt, man könne auf den Bau neuer Linienfahrer ver-

allerdings ein eigenartiges Licht auf die Handlungsweise der Behörden der Sowjetunion wirft, mit einiger Vorsicht aufzunehmen haben.

## Bier Staaten verzichten auf ihre Exterritorialität in China.

Schanghai, 28. Dezember.

Nach dem sechsten veröffentlichten Wortlaut der Verträge mit Holland, Schweden, Dänemark und Portugal verzichten diese vier Länder zum 1. Januar 1930 auf ihre Exterritorialitätsrechte. In einer Anlage zu diesen Verträgen erklärt China, daß es vor dem 1. Januar 1930 ein Zoll- und ein Handelsgesetz veröffentlichen werde.

## Das sozialdemokratische Wehrprogramm.

Berlin, 28. Dezember.

Die sozialdemokratische Kommission zur Prüfung des Wehrproblems, die der

Partei Vorstand eingeschickt hat, veröffentlicht das Ergebnis ihrer Arbeit. Es heißt in dem Wehrprogramm:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt den Krieg als Mittel der Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationalen kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen. Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Der deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr angezwungenen einseitigen Abrüstungsbeschränkungen nicht überschreitet. Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Abrüstungsbeschränkungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszusprechen, er-

laubt, wenn die anderen Mächte des europäischen Festlandes ebenfalls darauf verzichten. Augmentlich besitze Frankreich nur ein Flugzeugmuttergeschiff von 22 000 Tonnen. Die Tonnage werde auf 60 000 Tonnen gebracht werden, wenn die neuen Versuche den Wert dieses Schiffstypus erweisen. Der Berichterstatter erklärt, die Tonnage für leichte Kreuzer sei unbedingt notwendig und müsse in kürzester Frist erreicht werden, angesichts der Rolle, die diese Schiffe spielen und der notwendigen Verteilung der französischen leichten Streitkräfte zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Mittelmeer. Die 96 000 Tonnen Unterseeboote entsprächen etwa 40 Tauchbooten. Die Herstellungskosten der neuen französischen Kriegsschiffe können augenblicklich nicht genau festgelegt werden. Gegenwärtig stellt sich ein Panzerkreuzer auf 45 bis 50 Franken für das Rilo, ein leichter Kreuzer auf 20 Franken und ein Tauchboot auf 25 Franken für das Rilo. Unter Anwendung dieser Preise auf die Gesamttonnage und Berücksichtigung der Dienstdauer der Schiffe gelangt man zu einer durchschnittlichen Jahresausgabe von 981 Millionen Franken, wenn das Flottenstatut völlig durchgeführt ist, und auf 794 Millionen Franken, wenn keine Panzerkreuzer gebaut werden.

Zum Schluß weist der Berichterstatter darauf hin, daß die Gesamtwasserverdrängung der französischen Kriegsschiffe im Jahre 1928 sich auf 424 000 Tonnen, der britischen Marine auf 1 377 000 Tonnen, der amerikanischen auf 1 037 000 Tonnen, der japanischen auf 694 000 Tonnen und der italienischen auf 261 000 Tonnen betrug. Was den Flottenhaushalt für 1929 anbelangt, so belaufe er sich für Frankreich auf 2900 Mill. Franken, für England auf 7215 Mill., für die Vereinigten Staaten von Amerika auf 9380 Mill., für Japan auf 3065 Mill., für Italien auf 1625 Mill. und für Deutschland auf 1320 Mill. Franken.

Es ist nicht ohne Interesse, die Vorkriegsjahre des französischen Flottenprogramms zum Vergleich heranzuziehen. Im Jahre 1912 hatte Frankreich 980 000 Tonnen Panzerkreuzer, 300 000 Tonnen leichte Schiffe und 94 000 Tonnen Unterseeboote.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt den Krieg als Mittel der Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationalen kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen. Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Der deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr angezwungenen einseitigen Abrüstungsbeschränkungen nicht überschreitet. Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Abrüstungsbeschränkungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszusprechen, er-

laubt, wenn die anderen Mächte des europäischen Festlandes ebenfalls darauf verzichten. Augmentlich besitze Frankreich nur ein Flugzeugmuttergeschiff von 22 000 Tonnen. Die Tonnage werde auf 60 000 Tonnen gebracht werden, wenn die neuen Versuche den Wert dieses Schiffstypus erweisen. Der Berichterstatter erklärt, die Tonnage für leichte Kreuzer sei unbedingt notwendig und müsse in kürzester Frist erreicht werden, angesichts der Rolle, die diese Schiffe spielen und der notwendigen Verteilung der französischen leichten Streitkräfte zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Mittelmeer. Die 96 000 Tonnen Unterseeboote entsprächen etwa 40 Tauchbooten. Die Herstellungskosten der neuen französischen Kriegsschiffe können augenblicklich nicht genau festgelegt werden. Gegenwärtig stellt sich ein Panzerkreuzer auf 45 bis 50 Franken für das Rilo, ein leichter Kreuzer auf 20 Franken und ein Tauchboot auf 25 Franken für das Rilo. Unter Anwendung dieser Preise auf die Gesamttonnage und Berücksichtigung der Dienstdauer der Schiffe gelangt man zu einer durchschnittlichen Jahresausgabe von 981 Millionen Franken, wenn das Flottenstatut völlig durchgeführt ist, und auf 794 Millionen Franken, wenn keine Panzerkreuzer gebaut werden.

Zum Schluß weist der Berichterstatter darauf hin, daß die Gesamtwasserverdrängung der französischen Kriegsschiffe im Jahre 1928 sich auf 424 000 Tonnen, der britischen Marine auf 1 377 000 Tonnen, der amerikanischen auf 1 037 000 Tonnen, der japanischen auf 694 000 Tonnen und der italienischen auf 261 000 Tonnen betrug. Was den Flottenhaushalt für 1929 anbelangt, so belaufe er sich für Frankreich auf 2900 Mill. Franken, für England auf 7215 Mill., für die Vereinigten Staaten von Amerika auf 9380 Mill., für Japan auf 3065 Mill., für Italien auf 1625 Mill. und für Deutschland auf 1320 Mill. Franken.

Es ist nicht ohne Interesse, die Vorkriegsjahre des französischen Flottenprogramms zum Vergleich heranzuziehen. Im Jahre 1912 hatte Frankreich 980 000 Tonnen Panzerkreuzer, 300 000 Tonnen leichte Schiffe und 94 000 Tonnen Unterseeboote.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt den Krieg als Mittel der Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationalen kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen. Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Der deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr angezwungenen einseitigen Abrüstungsbeschränkungen nicht überschreitet. Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Abrüstungsbeschränkungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszusprechen, er-

laubt, wenn die anderen Mächte des europäischen Festlandes ebenfalls darauf verzichten. Augmentlich besitze Frankreich nur ein Flugzeugmuttergeschiff von 22 000 Tonnen. Die Tonnage werde auf 60 000 Tonnen gebracht werden, wenn die neuen Versuche den Wert dieses Schiffstypus erweisen. Der Berichterstatter erklärt, die Tonnage für leichte Kreuzer sei unbedingt notwendig und müsse in kürzester Frist erreicht werden, angesichts der Rolle, die diese Schiffe spielen und der notwendigen Verteilung der französischen leichten Streitkräfte zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Mittelmeer. Die 96 000 Tonnen Unterseeboote entsprächen etwa 40 Tauchbooten. Die Herstellungskosten der neuen französischen Kriegsschiffe können augenblicklich nicht genau festgelegt werden. Gegenwärtig stellt sich ein Panzerkreuzer auf 45 bis 50 Franken für das Rilo, ein leichter Kreuzer auf 20 Franken und ein Tauchboot auf 25 Franken für das Rilo. Unter Anwendung dieser Preise auf die Gesamttonnage und Berücksichtigung der Dienstdauer der Schiffe gelangt man zu einer durchschnittlichen Jahresausgabe von 981 Millionen Franken, wenn das Flottenstatut völlig durchgeführt ist, und auf 794 Millionen Franken, wenn keine Panzerkreuzer gebaut werden.

## Wechsel im Reichsfinanzministerium.

Berlin, 28. Dezember.

Ministerialdirektor Dr. Karl Lohholz, der nach mehrjähriger Tätigkeit als Ministerialdirektor im früheren Reichsfinanzministerium für Wiederaufbau über Jahre lang die Haushaltsabteilung des Reichsfinanzministeriums mit großem Erfolg geleitet hat, scheidet am 1. Januar 1929 aus dem Reichsfinanzministerium aus; er übernimmt auf seinen Wunsch als Präsident die Leitung des Landesfinanzamtes Kassel. Zu seinem Nachfolger als Ministerialdirektor und Leiter der Haushaltsabteilung des Reichsfinanzministeriums ist der bisherige Generalreferent für den Haushalt, Ministerialrat Ludwig Graf Schwerin von Krosigk ernannt worden.

## Landtagsitzung mitten in den Weihnachtsferien.

Berlin, 28. Dezember.

Infolge des kommunistischen Vorstoßes in der letzten Plenarsitzung des Landtages am Mittwoch, den 19. Dezember wird, um der preussischen Verfassung Genüge zu leisten, das Preussische Parlament heute um 13 Uhr zusammenzutreten, um den als einzigen Punkt auf der Tagesordnung gestellten Antrag der Abgeordneten (Komm.) und Genossen, dem Staatsministerium das Vertrauen zu entziehen, zu beraten.

## In memoriam der toten Schwester.

I.

Zu amtlichen Teilen der Nr. 303 vom 31. Dezember 1918 brachte die „Sächsische Staatszeitung“ eine „Berordnung, die Einstellung des Erscheinens der „Leipziger Zeitung“ betreffend, vom 24. Dezember 1918“, in der es heißt: „Das Gesamtministerium hat beschlossen, das Erscheinen der „Leipziger Zeitung“ als eines staatlichen Unternehmens mit dem 31. Dezember 1918 einzustellen. Alle Bekanntmachungen, die nach Gesetz oder Verordnung bisher in der „Leipziger Zeitung“ abgedruckt waren, sind vom 1. Januar 1919 ab ausschließlich in der „Sächsischen Staatszeitung“ zu veröffentlichen. Die Staatsverwaltungsbehörden, die Stadt- und Landgemeinden und die Gutverwalter sind verpflichtet, die „Sächsischen Staatszeitung“ zu halten.“

Tamit war jedenfalls das Schicksal der „Leipziger Zeitung“ an dem Tag der Verabschiedung des Beschlusses festgelegt. So war denn auch schon am 21. Dezember in der „Leipziger Zeitung“ selbst an erster Stelle zu lesen: „Am 31. Dezember dieses Jahres stellt die „Leipziger Zeitung“ ihr Erscheinen als staatliches Unternehmen ein. Verlagsrecht und Verlagsort gehen zu diesem Zeitpunkt durch Kauf an den Verlag der „Leipziger Abendzeitung“ über. Die Geschäftsstelle.“ Ergänzend wurde in den Nummern vom 28. und (in Wiederholung) vom 30. Dezember auf den Verzicht des Gesamtministeriums hingewiesen, wonach die Bekanntmachungen ausschließlich in der „Sächsischen Staatszeitung“ zu veröffentlichen sind.

In Nr. 302 vom „Dienstag, den 31. Dezember abends“, der letzten Nummer der „Leipziger Zeitung“ überhaupt, wurde an erster Stelle unter der Überschrift „Zum Abschied“ eine kurze Übersicht über die Geschichte der Zeitung gegeben. Mit der vorliegenden Nummer der „Leipziger Zeitung“, heißt es da, „geht wohl das längste

und eines der wichtigsten und inhaltreichsten Kapitel der deutschen Zeitungsgeschichte zu Ende. Am morgigen Tage könnte die „Leipziger Zeitung“, die nun als Eigentum und Organ der sächsischen Staatsregierung ihr Erscheinen einstellt, auf ein ununterbrochenes Bestehen seit 250 Jahren zurückblicken.“

Sicher ist jedenfalls — wie ich bereits in der ersten Preß-Sonderausgabe des „Zeitungs-Verlages“ ausführte — daß die „Leipziger Zeitung“ die erste und älteste Tageszeitung überhaupt ist. Anlässlich ihres zweihundertjährigen Bestehens gab der damalige Kommissar der Zeitung, Regierungsrat v. Wihleben, seine „Geschichte der Leipziger Zeitung“ heraus, während zum zweihundertbestenständigen Jubiläum der Zeitung der jetzige Leiter der Zeitung Dr. W. Bruchmüller, der vermutlich auch der Verfasser des erwähnten Abschiedsartikels vom 31. Dezember 1918 ist, einen zusammenfassenden Überblick über die Geschichte der Zeitung in einer Jubiläumsvorrede bot. Danach steht es fest, daß der spätere erste Herausgeber der „Leipziger Zeitung“ Timotheus Wipisch (1614 bis 1678) bereits in der Zeit des dreißigjährigen Krieges mit dem Druck von Zeitungen beschäftigt war, und zwar wurde in seiner Druckerei die von den Schweden nach ihrer Eroberung Leipzigs im Jahre 1642 dem schwedischen Postmeister Johann Dippel konfiszirte Zeitung hergestellt. Im Jahre 1649 erhielt Wipisch auf die Dauer von zehn Jahren ein Privileg gegen Nachdruck für die Herausgabe einer Zeitung, die durch den Leipziger Postmeister Christoph Wülfelach sehr angefochten wurde, da die Abfassung, der Druck und der Vertrieb von Zeitungen als Ausfluß des Postregals allein dem Postamt zuzuführen. Die einzige bekannte Nummer dieser ältesten Zeitung von Wipisch trägt den Titel „Leipziger Einkommende Ordinar- und Post-Zeitung“. Am 1. Mai 1660 erhielt Wipisch auf kaiserliche Anweisung ein neues Privileg für zwölf Jahre, aber schon am 1. Januar desselben Jahres war die erste Nummer seiner „Neu-

## Kansen über Amundsen.

Der tragische Tod des „letzten Wikingers“ Roald Amundsen, der von der norwegischen Regierung durch einen Nationaltrauertag begangen wird, gehört zu den erschütterndsten Ereignissen des vergangenen Jahres. Das Bild dieses modernen Helden hat sein großer Landmann Fridtjof Nansen in einem ergreifenden Nachruf gezeichnet, der in „Mein Lebenslauf“ veröffentlicht wird. „Für alle Zeiten wird er bestehen als ein Typus für

## Nansen über Amundsen.

Der tragische Tod des „letzten Wikingers“ Roald Amundsen, der von der norwegischen Regierung durch einen Nationaltrauertag begangen wird, gehört zu den erschütterndsten Ereignissen des vergangenen Jahres. Das Bild dieses modernen Helden hat sein großer Landmann Fridtjof Nansen in einem ergreifenden Nachruf gezeichnet, der in „Mein Lebenslauf“ veröffentlicht wird. „Für alle Zeiten wird er bestehen als ein Typus für

schon in der ganzen Geschichte der Erforschung der Erde“, sagt Nansen, „als ein Typus, entsprungen aus den tiefsten Wurzeln des Volkes. So unglücklich kurz scheint die Spanne Zeit, seitdem er seine Laufbahn begann, und jetzt ist diese für immer abgeschlossen. Aber welche Erobtaten umfaßt die Spanne Zeit! Die Erforschung des „Magnetischen Nordpols“, die Nordwestdurchfahrt, die Eroberung des geographischen Südpols, die Nordostdurchfahrt und damit die Umkreisung des ganzen nördlichen Polarmeeres und schließlich den Flug über dieses Meer und über den Nordpol selbst. Es war gleichsam eine explosive Kraft in Amundsen, als ein glänzender Stern tauchte er an dem bewölkten Himmel des nordwestlichen Volkes auf. Der Anbruch in Ausbruch auf Ausbruch. Dann erfolgt er jäh, und wir bilden wieder auf einen leeren Platz im Raum.“

Nansen läßt seine Erinnerungen zurückschweifen in die Zeit vor 27 Jahren, da ihn Amundsen zum erstenmal aufsuchte und ihm seinen Plan vorlegte, den Magnetischen Nordpol zu erforschen. Der erfahrene Polarforscher sah sofort, daß dieser junge Mann einen eigenen Willen und eine erkannliche Klarheit seiner Ziele offenbarte, daß in ihm ein neuer Entdecker ersten Ranges erstanden werde. Er hatte sich gleich ein Schiff gekauft, um sich Erfahrungen zu erwerben; mit einer Fingerringe im Ärmel zu unternehmen; mit der Beute hoffte er die Kosten der Fahrt zu decken. Das Material stand bei ihm reichlich im Hintergrund, und doch bildete es eine der größten Schwierigkeiten, die er im Leben hatte. Auch als er dann zu seiner nächsten großen Leistung, der Eroberung des Südpols, aufbrach, hatte er die Expedition auf das glänzendste vorbereitet, doch machte ihm die Geldfrage so viel Schwierigkeiten, daß er davon müde wurde. „Es zeigte sich bald, daß die Mittel, die er hatte, bei weitem nicht ausreichten“, schreibt Nansen. „Hauhalteten und Wirtschaften war nun einmal nicht Amundsen's Sache. Eine zuverlässige Rechnung der wahrscheinlichen Kosten einer Fahrt aufstellen und



Wie das Nachrichtenbureau des Reichstages, erfahren haben, so viele Landtagsabgeordnete Urlaubsgesuche für diese Wintertage in die eigentlichen Weihnachtstagen folgende Sitzung eingereicht, und außerdem so viele andere Abgeordnete erklärt, daß sie nicht gewillt seien, wegen dieses einen Sitzungstages die weite Reise nach Berlin anzutreten, daß voraussichtlich ein völlig beschlußunfähiges Haus zusammen kommen wird. Dies hat jedoch insofern keine praktischen Auswirkungen, als nach der Geschäftsordnung des Reichstages die Beschlüßfähigkeit nur von einer Schlußabstimmung bezweifelt werden kann. Heute aber wird überhaupt nicht abgestimmt. Bismarck kommt das Misstrauensvotum erst am Mittwoch, den 2. Januar, in einer Abend Sitzung zur Entscheidung. Das Schicksal des Misstrauensvotums unterliegt jedoch in parlamentarischen Kreisen, auch der Oppositionsparteien, keinerlei Zweifel. Nach der Verfassung müßten, um das Kabinett zu kürzen, mehr als die Hälfte aller gewählten Landtagsabgeordneten, für das gegenwärtige Parlament also 226 mit Ja stimmen, während selbst bei einer relativen Zufallsmehrheit der Antrag abgelehnt wäre. Da vermutlich die Deutsche Volkspartei sich mindestens der Stimme enthalten wird, hat der kommunistische Antrag selbst bei der keineswegs sicherstehenden Zustimmung aller übrigen Oppositionsparteien keine Aussicht auf Annahme. Die preussischen Staatsminister und der Ministerpräsident Dr. Brauns weisen in Berlin und würden sich einem Wunsche des Hauses, zur Beratung des Misstrauensvotums zu erscheinen, nach der Geschäftsordnung sagen

müssen. Zum Reden kann sie allerdings keine Bestimmung zwingen. Immerhin rechnet man für die heutige Landtags-Sitzung mit mehrstündiger Dauer. In parlamentarischen Kreisen ist im Anschluß an den kommunistischen Vorstoß die Frage erörtert worden, ob die Verfassung dahin zu ändern sei, daß die Frist für die Erledigung von Misstrauensanträgen, die ja zu den Ausschlußbestimmungen gehört, aus der Verfassung herausgenommen werde. Da jedoch die Oppositionsparteien an dem gegenwärtigen Zustand interessiert sind, dürfte sich die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Verfassungsänderung kaum finden. Es ist daher anzunehmen, daß in Zukunft der preussische Landtag öfter in seiner Ferienruhe durch tatsächliche Anträge einzelner Fraktionen empfindlich gestört wird.

### Der englisch-chinesische Zolltarifvertrag veröffentlicht.

London, 28. Dezember. Der nunmehr im Wortlaut veröffentlichte neue englisch-chinesische Zolltarifvertrag entspricht den allgemeinen Voraussetzungen und Erwartungen. England erkennt die Tarifhoheit Chinas an, während die Frage der Exterritorialität nicht berührt wird. Großbritannien und sämtliche britischen Dominien wird durch den Vertrag die Meißelbegünstigungsklausel zugestanden. Wesentlich ist der Umstand, daß der „Zolltarif“, die nach eigenem Ermessen der Gouverneure zu zahlende Provinzialabgabe auf eingeführte Waren, nicht verschwindet.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### Wohlfahrtsbriefmarken und Glückspostkarten.

Die bei der Kasse des Hilfsvereins, Landhausstraße 7, ausgegebenen, von den vorjährigen zu unterscheidenden Postwertzeichen sowie die künstlerisch ausgestalteten Glückspostkarten 1928 erfreuen sich lebhafter Nachfrage. Der Verkauf endet am 31. Januar 1929. Es werden ausgegeben:

- 5-Pf.-Marken zum Preis von 10 Pf., Wappen von Hamburg,
- 8-Pf.-Marken zum Preis von 15 Pf., Wappen von Mecklenburg-Schwerin,
- 15-Pf.-Marken zum Preis von 30 Pf., Wappen von Oldenburg,
- 25-Pf.-Marken zum Preis von 50 Pf., Wappen von Braunschweig,
- 50-Pf.-Marken zum Preis von 1 RM., Wappen von Anhalt,
- Markenheften zum Preis von 1,50 RM. (enthaltend vier 8-Pf.-Marken und drei 15-Pf.-Marken),
- Glückspostkarten mit eingedruckter 8-Pf.-Marke zum Verkaufspreis von 15 Pf.

Die Weihnachtsbäume zum Preis aller Postsendungen endet am 30. April 1929. Der Weihnachtsbaum zur Veränderung materialierter Kollektanden bestimmt, insbesondere zur ergänzenden Fürsorge für arme Kinder, alle Leute und Erwerbsfähige. Es kann jedoch jeder andere seinen Wohlwollensbeitrag auch damit bezeichnen. Zwecklos erlangene Wohlfahrtsbriefmarken einmal erhebtigen Sammelwert.

#### 75 Jahre Dresdner Stadtdirektor.

Das Dresdner Stadtdirektorat feiert am 1. Januar auf sein 75-jähriges Bestehen zurück. Als das Dresdner Reichdeputationshaußtag die Umgestaltung der Stadtverwaltung im Jahre 1853 beschloß, wurde der Dresdner Stadtdirektor am 1. November 1853 neugebildete Dresdner Einwohneramt ein Regulativ für Einwohner- und Fremdenwesen, das in jedem Dresdner Hause „zur Kenntnisnahme“ verteilt wurde. Das Einwohneramt übernahm am 1. Januar 1854 die Verwaltung des bereits bestehenden Dresdner Adressbuchs. Die ersten Jahrgänge des heutigen Dresdner Adressbuchs waren einst beschriebene Pappbüchlein. Sie haben sich dann im Laufe eines dreierlei Jahrzehnts zu vollen Büchern entwickelt, deren mühsame Redaktions- und Vertriebsarbeit durch eine besondere Verlagsabteilung im Dresdner Anzeiger befristet wird. Das „Dresdner Stadtdirektorat“ ist heute ein unentbehrliches Adressbuchwerk für jeden Geschäftsmann wie Pilotmann geworden.

#### Der Dresdner Preßklub 1929.

Die Monate Januar und Februar bringen eine Fülle gesellschaftlicher Veranstaltungen. In einer der vornehmsten der Landeshauptstadt zählt seit Jahren der Preßklub. Er vereint in glanzvollem Rahmen das gesellschaftliche Dresden, und nicht abgesehen von der Zeit, die etwas verjüngt zu haben. Der diesjährige Preßklub, veranstaltet vom Bezirksverein Dresden des Landesverbandes Sächsische Presse (Vorstand: Kurt Gräfe) und des Vereins Dresdner Presse (Vorstand: Georg Jürgens), wird am Sonnabend, den 12. Januar, in sämtlichen Räumen des Sächsischen Ausstellungspalastes abgehalten. Künftiger Wirtin von den Staatskellnern hat die Ausschmückung der Säle übernommen, und hervorragende Kräfte der Dresdner Theater tragen ihre Mitwirkung zu. Das große Fest steht im Dienste der Wohltätigkeit. Der Weinstock für die Unterstützungsfestlichkeiten der beiden vereinigten Vereinen bestimmt. — Der Kartenverkauf bei der Kongressdirektion Ried hat bereits begonnen.

#### Dresdner Nischenkollennung.

Eine alte Tradition soll durch den festlichen Umgang der

Nischenkollennung „Zufalla“ wieder aufgenommen werden, der am 30. d. M. sich mit einem Nischenkollennung durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Nischenkollennung bewegt wird. Nischenkollennung zu Nischenkollennung nach aller Güte die Dresdner Nischenkollennung dem König von Sachsen einen etwa 1 1/2 Meter langen Nischenkollennung ins Nischenkollennung, bis der Nischenkollennung diesem historischen Brauch ein Ende bereite. Nun soll am Sonntag nachmittag die alte Tradition in veränderter Form mit einem Nischenkollennung und unter Vorantritt einer Nischenkollennung wieder aufleben.

**Ausstellung.** Vom Hochbauamt sollen vergeben werden: Tischler- und Klempnerarbeiten (Siedlung Plotsch) sowie Lieferungsverträge für keramische Plattenverkleidungen (Wollschub Plotsch) und eiserne Träger (Wohnhausneubauarten Wornser Straße). Entprechende Preisangebote sind bis zum 5. Januar 1929 einzureichen.

**Wintersporttage.** Nach Mitteilung der Reichsbahnleitung Dresden fallen für den Wintersportverkehr am 29./30. Dezember verschiedene Tage aus, und zwar auf der Strecke Dresden—Weißing—Nienberg die Tage 2914 und 2912a sowie 2917 und 2913 mit den Anschlusszügen 520a und 522, auf der Strecke Dresden—Rippendorf die Tage 1134 mit Anschlusszug 2928a sowie 1134a mit Anschlusszug 2922e und 2943e mit Anschlusszug 1139a, ferner 2947 mit Anschlusszug 1141. Auf der Linie Dresden—Trautenstein fällt der Zug 1174 mit Anschlusszug 2954 aus.

**Verkehrsunfall.** In der Nacht zum Donnerstag fuhr in Dresden ein Auto zu schnell in einen mit zwei Pferden bespannten Wagen der Wittelsbacher Linie. Der Wagen stürzte um. Der Fahrer der beiden Autos wurde zwischen Rad und Rollen gefangen und schwer verletzt. Der andere fiel auf die Straße und blieb unverletzt. Die Pferde gingen durch. Die Fahrer des Autos kamen mit dem Schrecken davon.

**Was dem Volkswohl.** Am 12. Dezember gegen 10 Uhr wurde auf der Friedrichstraße vor dem Hause Nr. 44 eine 60 Jahre alte Wittelsbacherin von einem Wadlader angefahren und verletzt. Der Wadlader, der ebenfalls zu spät gekommen war, entsetzte sich, ohne sich um die Verletzte zu kümmern. Ein anderer Wadlader ist ihm nachgefahren. Wegen des Unfalls, in welchem der zweite Wadlader, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 89 b, zu melden.

### Ämtliche Devisenkurse.

Berlin, den 28. Dezember 1928.

Telegraphische Auszahlung auf	28. 12. 1928	27. 12. 1928	26. 12. 1928	25. 12. 1928
Amsterdam 100 Gulden	100,31	100,25	100,18	100,12
Brüssel 100 Francs	5,425	5,415	5,405	5,395
Paris 100 Francs	58,30	58,25	58,20	58,15
London 100 Pfund	73,11	73,02	72,93	72,84
Warschau 100 Rubel	1,704	1,708	1,714	1,720
Reichsmark 100 Reichsmark	81,43	81,38	81,33	81,28
Reichsmark 100 Reichsmark	10,545	10,545	10,545	10,545
Reichsmark 100 Reichsmark	21,56	21,59	21,62	21,65
Reichsmark 100 Reichsmark	1,490	1,494	1,498	1,502
Reichsmark 100 Reichsmark	7,388	7,402	7,416	7,430
Reichsmark 100 Reichsmark	20,89	20,92	20,95	20,98
Reichsmark 100 Reichsmark	4,152	4,161	4,170	4,179
Reichsmark 100 Reichsmark	2,508	2,512	2,516	2,520
Reichsmark 100 Reichsmark	111,05	112,25	113,45	114,65
Reichsmark 100 Reichsmark	18,53	18,57	18,60	18,63
Reichsmark 100 Reichsmark	20,304	20,405	20,506	20,607
Reichsmark 100 Reichsmark	4,1930	4,2010	4,2090	4,2170
Reichsmark 100 Reichsmark	112,10	112,10	112,10	112,10
Reichsmark 100 Reichsmark	16,43	16,46	16,49	16,52
Reichsmark 100 Reichsmark	12,428	12,448	12,468	12,488
Reichsmark 100 Reichsmark	92,03	92,24	92,45	92,66
Reichsmark 100 Reichsmark	4,495	4,503	4,511	4,519
Reichsmark 100 Reichsmark	81,12	81,12	81,12	81,12
Reichsmark 100 Reichsmark	3,022	3,035	3,048	3,061
Reichsmark 100 Reichsmark	88,33	88,33	88,40	88,46
Reichsmark 100 Reichsmark	112,51	112,73	112,95	113,17
Reichsmark 100 Reichsmark	4,273	4,278	4,283	4,288
Reichsmark 100 Reichsmark	59,07	59,19	59,31	59,43

### Wettertelegramme aus Sachsen vom 28. Dezember 1928, vorm. 8 Uhr.

**Dresden:** Höhe 110 m. Win: 2. Wog: 5. Niederschlag: — mm. Temperatur: 2. Schnee: —. Wind: WSW 3. Wetterzustand: Feiert.

**Wahnsdorf:** Höhe 246 m. Win: 1. Wog: 8. Niederschlag: — mm. Temperatur: 1. Schnee: —. Wind: WSW 3. Wetterzustand: Halbbedeckt.

**Reichenberg:** Höhe 1213 m. Win: — 6. Wog: +1. Niederschlag: 0,2 mm. Temperatur: — 5. Schnee: 75 cm. Wind: WNW 3. Wetterzustand: Nebel.

## Erfolgreicher Vorstoß der afghanischen Regierungstruppen.

Kabul, 28. Dezember. Nach einer Kollateralarbeit haben die afghanischen Regierungstruppen nach Kollateralarbeit einen erfolgreichen Vorstoß gegen die aufständischen Truppen begonnen. Es gelang ihnen, die Kollateralarbeit bis auf 20 Kilometer hinter Kabul zurückzuwerfen. Die Regierungstruppen setzen den Vormarsch fort.

London, 28. Dezember. „Daily Mail“ berichtet aus Lahore: Die aufständischen Afghanen sind jetzt von den Regierungstruppen in die Kabul umgebenden Berge vertrieben worden. Die königliche Familie hat sich nach Kandahar begeben, um sich um die zu schützen, mit denen sie Verwandtschaftsbeziehungen besitzt. Es wird angegeben, daß Aman Ullah vielleicht zugunsten seines Sohnes zurücktreten werde. Ein Militärflugzeug aus Bagdad ist in Kabul eingetroffen und ein weiteres folgt zur Beschleunigung der Militärposten. Augenblicklich herrscht in Kabul Schneefall, der den Abzug der Rajahnen verhindert. Viele Personen warten noch auf ihre Abfertigung und die Dörfer gehen zu Ende. Bei der Landung des Flugzeuges aus Bagdad soll, wie „Daily Mail“ weiter berichtet, eine deutsche Frau von dem Propeller getroffen und getötet worden sein. Die britische Gesandtschaft hat unter schwerem Feuer gekämpft und ihre Zimmer sind verbarbariert.

Times“ berichten aus Konstantinopel: Afghanische Offiziere, die zu Ausbildungszwecken der türkischen Armee beigegeben sind, sind nach Afghanistan zurückberufen worden. Ferner ist die türkische Militärmission unter Kommandeur Pascha, die sich auf dem Wege nach Afghanistan

befand, um zur Ausbildung für die afghanische Heer zu dienen, angewiesen worden, in Bombay zu bleiben. Einer Reutermeldung aus New Delhi zufolge befinden sich unter den aus Kabul nach Beshawar von britischen Flugzeugen beförderten Personen die Sekretärin des deutschen Botschafters Wogen, Signora Romagnani, Frau Palet Wolf, die deutsche Frau eines türkischen Lehrers an einer Militärschule und ihre beiden Kinder, sowie vier Kinderfräulein und Frau Giffert, die deutsche Frau eines Angestellten im afghanischen Kriegsministerium.

### Aman Ullahs Sieg in Kabul.

Konstantinopel, 28. Dezember. Wie aus Kabul amtlich gemeldet wird, haben die Regierungstruppen gestern bei Parter Käle die Aufständischen in der Nähe von Kabul angegriffen. Nach vierstündigem Kampfe sei es den Regierungstruppen gelungen, die Aufständischen in die Flucht zu schlagen. Mehr als 400 Aufständische seien gefangen genommen worden. Zwei Führer der Aufständischen hätten sich bei der Gefangennahme erschossen. Die königliche Sommerresidenz Jagman habe unter dem Kampfe sehr gelitten. Die Aufständischen hätten versucht, die Residenz zu zerstören. Kabul sei von Aufständischen völlig frei.

Gestern fand die erste Sitzung des Kronrats unter Vorsitz Aman Ullahs statt. Der Kronrat billigte die Maßnahmen der Regierung gegen die Aufständischen und erklärte sich bereit, sämtliche Befehle der Regierung anzuführen.

dann diese Berechnung einhalten, das könnte er nie. Die Ausgaben liegen auf dem Weisfache dessen, was er angelegt hatte, und er schreit immer wieder schlecht ab. Das bereitet ihm vielleicht die größten Hemmnisse in seinem ganzen Leben und verbittert ihn oft das Leben.“ Doch kein Mißgeschick konnte seine unbesungene Willenskraft schwächen. Das zeigte sich besonders bei seinem Plan, über den Pol zu fliegen, der an verwegener Kühnheit alle seine früheren Pläne übertraf. Als er diese Leistung vollbracht hatte, da hatte er alles erreicht, was er sich vorgenommen und stand endlich am Ziel. Er war kein Mann der Wissenschaft, aber durch seine Fahren hat er unsere Kenntnis von der Erde außerordentlich erweitert und unschätzbare Ausbeute mitgebracht; nur war er nicht dazu zu bewegen, sich an der Bearbeitung der Ergebnisse zu beteiligen. „Ebenso wichtig wie all die wissenschaftliche Ausbeute war die Tat selbst, und das war es wohl auch, was ihm selbst als das Wichtigste anlag. Der Jugend unserer Zeit ist er dadurch ein leuchtendes Vorbild geworden. Alles, was er tat, ist erfüllt von seinem klaren, mutigen Willen. Sein ganzes Lebensalter und alles, was er hatte, opferte er der Arbeit, die Ideale seiner Jugend zu verwirklichen. Und dann, als er die Tat vollbracht, lehrte er zu den Weiten des Ozeans zurück und fand ein unbekanntes Oras unter dem reinen Himmel der Welt, wo der Himmelsbogen die Weite des Raums erfüllt. Aber von der großen weichen Stelle wird, umstrahlt vom Nordlicht, sein Name der Jugend Norwegens durch die Jahrhunderte leuchten. Männer mit Mut, mit Willen, mit Kraft, wie sie nur noch eigen waren, sind es, die uns glauben an unser Geschlecht, die uns Vertrauen auf die Zukunft geben. Die Welt ist noch jung, die solche Söhne hervorbringt.“

### Sprachenwirtwarr in Afrika.

Das Internationale Institut für afrikanische Sprachen und Kulturen, das vor kurzer Zeit hauptsächlich durch die gemeinsame Arbeit deut-

licher und englischer Gelehrter ins Leben gerufen worden ist, hat jetzt in Berlin eine Sitzung abgehalten, bei der die wichtigsten Fragen des afrikanischen Sprachenproblems besprochen wurden. Neue praktische Arbeiten werden sich daran anschließen. Prof. Westermann, einer der Direktoren des Instituts, wird zum Studium der Sprachen in Nigeria dorthin eine Reise unternehmen, während der andere Direktor, Prof. Labouret, im kommenden Jahre zu dem gleichen Zweck verschiedene französische und englische Gebiete in Afrika besucht; der Generalsekretär Hans Fischer wird sich nach Ägypten und dem Sudan begeben. Es handelt sich um die wissenschaftlich wie praktisch gleich bedeutsame Aufgabe, den Sprachenwirtwarr in Afrika zu klären, der von jeder Händler, Missionare und Forscher in Erfahrung gesetzt hat. Wie in einem Aufsatz der „Times“ ausgeführt wird, sind diese Arbeiten besonders dringlich, weil sie für die bessere Zivilisierung und Verwaltung des schwarzen Erdteils unbedingt notwendig sind. Wir wissen heute, daß es etwa 600 afrikanische Sprachen gibt und daß diese in vielen Dialektformen auftreten. Wir wissen ferner, daß diese Sprachen in große Gruppen geteilt werden können, so wie das afrikanische Volk in anthropologische Gruppen gefaßt. Diese Hauptstammgruppen sind die Pygmäen, die Negere und die Hamiten. Die erste Gruppe der Zwergvölker, zu der die südwestafrikanischen Buschmänner gehören, ist die primitivste. Die Negere sind eine bereits höher entwickelte Rasse, und die Hamiten stellen eine Unterabteilung der kaukasischen Rasse dar, die wahrscheinlich aus Asien nach Afrika einwanderte. Diesen Stammgruppen entsprechen die wichtigsten Sprachgruppen. Die einzige Pygmäensprache, die noch bekannt ist, ist die der Buschmänner; die andern Zwergvölker haben die Sprachen der Negere angenommen, mit denen sie leben. Diese Negersprachen zerfallen wieder in zwei Hauptgruppen, die Bantu- und die Sudansprachen. Die familiären Stämme, die Dardern Nordafrikas, die Somali, Galla usw., haben ihre

eigenen Sprachen, aber die gemeinsame Verkehrsprache ist seit Jahrhunderten in Nordafrika das Arabische, das mit der Ausbreitung des Islams sich verbreitete. Das Internationale Institut wird sich hauptsächlich mit dem Studium der Regersprachen beschäftigen, die die größten Schwierigkeiten bieten; viele von ihnen sind bereits erforscht und sogar schriftlich festgelegt worden, aber eine große Anzahl von ihnen, die von wichtigen Völkern der tropischen Gegenden gesprochen wird, ist noch gänzlich unerforscht. Für den Handel und Verkehr, vor allem aber auch für die Erziehung in diesen Ländern ist die Kenntnis der Sprache notwendig, und da die englische Verwaltung den Eingeborenen ihre Sprache nicht aufzwingen will, so bleibt ihr nur der Weg, die einzelnen Sprachen zu klären und aus ihnen möglichst eine oder einige Verkehrsprachen auszuwählen. Man hat vorläufig unter dieser etwa 40 Millionen umfassenden Bevölkerung der Tropengebiete 30 wichtigere Sprachen herausgehoben, unter denen wieder diejenigen, die am meisten gesprochen werden, das Somali, Hausa und Yoruba sind. Es gibt aber daneben noch Hunderte von Sprachen, die nur in einem einzigen Dorf oder gar auf dem Gipfel eines Berges heimisch sind, und da diese Sprachen aussterbenden Stämmen angehören, so werden sie allmählich verschwinden. Die verbreiteten Sprachen haben dagegen die Tendenz, sich immer mehr auszubehnen, und diese Tendenz wird gefördert, ohne deswegen die kleineren Sprachen zu vernichten, die für die Wissenschaft sehr viel Interessantes bieten. Zur Verkehrsprache können aber nur solche Idiome erhoben werden, die unter einer großen Anzahl von Völkern über weite Gebiete hin lebendig sind. In der Schaffung solcher Verkehrsprachen soll das Institut die Verwaltungen unterstützen und zugleich von dem ungeheuren Sprachmaterial, das in dem jetzt herrschenden Wirrwarr ausgebeutet liegt, möglichst viel für die Wissenschaft retten.

### „Leinen aus Irland.“

Erkaffung in der Komödie. Stücke aus dem Leben des Kommerz sind jetzt en vogue. Sie kommen aus Berlin oder aus Wien und entzünden vor allem die Geschäftswelt, die sich und ihre Interessensphäre mit verständnisvollem Achseln hier gepiezelt sieht. Im Fall Stephan Kommerz handelt es sich um die Leinenbranche. Lilly Brenneisen, Tochter der Wäschefirma „Karolina“ in Prag, wird durch eine lästige sozialpolitische Kontroverse in die Wirbel einer Detektivroman-Geschichte verwickelt. Ihr Verkehr mit dem Ministerialsekretär Dr. Wolf droht an einer Differenz in der Frage des Vererbungsvertrages zu scheitern. Papa Brenneisen nämlich, der Kommerzdiater, bezieht für seine Wäschefabrik „Karolina“ Leinen aus Irland und fertigt daraus Hemden, Strümpfe und Handtücher, die er dann seinerseits nach Ostafrika exportiert. Das nennt man also Veredelungswirtschaft. Und für diesen Veredelungswirtschaft ist Jollerich wichtig. Auch Herr Brenneisen sucht beim Wiener Handelsministerium (das Stück spielt wieder einmal in der Vererbungsfrage) um Jollerich nach. Aber Ministerialsekretär Dr. Wolf, der das Geschäft als Referent zu bearbeiten hat, erklärt sich gegen die einseitige Bevorzugung eines einzelnen Unternehmens, die der — weiß ichschon — Konfuzius den Hals bräche und deren Arbeiter möglichst viele strotzen machen könnte. Der tragische Konflikt ist da. Denn natürlich wünscht Herr Brenneisen nur einen Schwiegersohn, der für Jollerich seiner Leinenfabrikate eintritt. Wohingegen Lilly Brenneisen für den Menschen nach eigenem Wesen und eigenem Willen schwärmt und darum von diesem hochheiligen Dr. Wolf, der gegen eine Welt von Ministerialräten und Sekretariatschreibern antritt, begeistert ist. In dem Augenblick also, wo Dr. Wolf in der Jollerichfrage umfällt, ist es mit ihren Sympathien für ihn vorbei, obgleich nun Papa Brenneisen seinerseits nicht gegen eine Verbindung mit ihm einzuwenden











